

Redebeitrag Kuvvet Ihsan Lordoglu (Hochschullehrer Universität Marmara, Kocaeli)

Bundesweite Friedensdemonstration am 8.10. in Berlin

Redebeitrag **Kuvvet Ihsan Lordoglu** (Hochschullehrer Universität Marmara, Kocaeli)

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Die Waffen sollen schweigen! Konsens statt NATO-Kriege,
Abrüstung statt Sozialabbau!**

Ich vertrete heute hier die Initiative „Akademiker für den Frieden“ in der Türkei. Ich bin einer von den über 2.200 Akademikerinnen und Akademikern, die am 11. Januar die Petition mit der Überschrift „Wir werden uns an diesem Verbrechen nicht beteiligen“ unterzeichnet haben. Ich überbringe Ihnen die wärmsten Grüße von ihnen.

Seitdem mussten wir unzählige Diskriminierungen, Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Mobbing am Arbeitsplatz erdulden. Viele von uns wurden entlassen oder gedrängt, ihre Arbeit aufzugeben, in Rente zu gehen. Insgesamt 111 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mussten ihre Arbeitsstelle aufgeben. 44 von ihnen erhielten am 1. September die Nachricht von ihrer Kündigung, ohne Angabe von Gründen. Ohne die Kenntnis darüber, was ihnen vorgeworfen wird, ohne sich verteidigen zu können, mussten sie ihre Hochschulen und die staatlichen Wohnungen verlassen.

Wir wissen, was wir „verbrochen“ haben: wir waren für den Frieden eingetreten, dies war unser „Verbrechen“.

Bevor ich die Petition unterzeichnet hatte, hatte ich mit meiner Frau zusammen die Stadt Cizre im Südosten der Türkei besucht. Zwei Tage lang hatten wir dort recherchiert, uns Augenzeugen angehört und abschließend einen Bericht geschrieben. Als wir später diesen Friedensaufruf lasen, unterzeichneten wir ihn ohne zu zögern.

Wir unterzeichneten diesen Aufruf nicht auf der Grundlage von Infos von Dritten, sondern auf der Grundlage dessen, was wir selbst miterlebt hatten.

Man hinderte uns an der Ausführung unserer Arbeit. Man verhängte gegen uns Reiseverbote, damit wir im Ausland nicht von diesen Erlebnissen berichten können. Als ich im vergangenen Juli für einen Vortrag nach Wien eingeladen wurde, hat mir meine Uni keine finanziellen Zuschüsse gewährt, weil Ermittlungen gegen mich geführt wurden. Kürzlich wurde ein Vortrag, den ich Anfang November an der Europäischen Universität in Lefke auf Zypern halten

sollte, aus dem Programm des Symposiums gestrichen. Solche Diskriminierungen gehen also stets weiter. Unsere größte Sorge gilt aber der Region, weil wir mit unserer Petition nicht in der Lage waren, das Blutvergießen zu beenden.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir demnächst wieder unsere Arbeit an den Unis aufnehmen können. Denn wir sind im Recht und haben auch die notwendigen Beweismittel. Wir bestreiten gerade die nationalen Rechtswege und wenden uns auch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Allerdings verfolgen wir derzeit mit Bestürzung, wie die deutsche Bundesregierung darauf verzichtet, Druck auf die türkische Regierung auszuüben. Wir sehen, welche Zugeständnisse an die türkische Regierung gemacht werden und wie man angesichts rechtswidriger Praktiken schweigt, um die syrischen Flüchtlinge abzuwehren.

Über drei Millionen Geflüchtete aus Syrien leben derzeit in der Türkei. Ihr dürft nicht zulassen, dass die türkische Regierung diese Menschen als Verhandlungsmasse einsetzt.

Sie leben unter schwierigsten Bedingungen, täglich verlieren Dutzende von ihnen bei Arbeitsunfällen ihr Leben. Es ist unmenschlich, wie sie als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden, wie man sie in vielen Fällen nicht einmal entlohnt, sondern gegen Kost und Logis beschäftigt. Nur ein Bruchteil der Syrer in den Städten hat einen Arbeitsvertrag. Viele werden als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt.

Nachdem sich die Türkei in der Außenpolitik vom Assad-Regime entfernt hatte, begann sie mit der Unterstützung der oppositionellen Gruppen durch die Lieferung von Waffen und Finanzmitteln. Diese Politik gehört zu dem Versuch, die Millionen von Menschen zur Flucht zu zwingen. Durch diese Politik wurde die Türkei zu einer Partei in dem blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Im Moment liefern sich türkische Soldaten im Ausland Gefechte. Wozu dieser Einsatz der türkischen Armee führen kann, werden wir in naher Zukunft erleben.

Wir sehen, wie heute der Vertrag von Lausanne von den Machthabern schlecht geredet wird. Mit diesem Vertrag wurden im Jahre 1923 die heutigen Grenzen der Türkei gezogen. Es ist sehr gefährlich, wenn man ihn in Frage stellt.

Heute setzt die türkische Regierung in der kurdischen Frage auf eine Eskalation des Kriegs, die Tür zu Verhandlungen hat sie zugeschlagen und widersetzt sich gegen einen Waffenstillstand. Auch diese Entwicklung ist für uns sehr Besorgnis erregend. Abschließend möchte ich jedoch meine Hoffnung in eine Welt unterstreichen, in der nicht der Krieg, sondern ein nachhaltiger Frieden herrscht, in der nicht Waffen, sondern Stifte das Sagen haben.

In diesem Sinne: viele liebe und solidarische Grüße!

RegenbogenTV [Rede Kuvvet Ihsan Lordoglu \(Hochschullehrer Universität Marmara, Kocaeli\)](#)